

Liebe Leserinnen und Leser,

braucht Hessen ein Programm „Starke Heimat Hessen“, wie es die Landesregierung Ende Mai vorgestellt hat? Die Diskussion dauert an. Die drei Kommunalen Spitzenverbände lehnen das Vorhaben einmütig ab. Das sollte die Landesregierung respektieren und ihr Vorhaben beerdigen.

Am 9. September findet im Haushaltsausschuss des Hessischen Landtags eine Expertenanhörung zum Gesetzentwurf über die Starke Heimat Hessen statt. Die Gremien des Hessischen Städte- und Gemeindebundes haben den Gesetzentwurf abgelehnt. Die wesentlichen Inhalte der Stellungnahme unseres Verbandes haben wir nachfolgend kurz und kompakt zusammengefasst. Wenn Sie mehr wissen möchten: Besuchen Sie unsere Website www.hsgb.de in der Rubrik Fachinformationen/ Finanzen Gemeindewirtschaftsrecht / Starke Heimat Hessen – Kommunale Informationen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Christian Schelzke

STARKE HEIMAT



Quelle: Präsentation des HMdF für die Pressekonferenz vom 28. Mai 2019 (abrufbar: finanzen.hessen.de)

Starke Heimat – eine harmonische Sache?

Den Eindruck macht das vom Land gestaltete Bild. Auch wenn kein Zweifel ist, wer der Größte dabei sein soll. Aber egal: Starke Heimat – bedeutet das so Nettes wie Geschenke für die lieben Kinder?

Mindestens zwei große Schönheitsfehler hat das Paket: Das Land als edler Spender bezahlt die Geschenke aus Sparschweinen und Taschengeldkonten der Beschenkten. Und die Auswahl der Geschenke macht das Land nach eigenem Gusto.

Mal im Ernst: Wer soll das gut finden?

Wie „funktioniert“ die „Starke Heimat“?

Seit fast 50 Jahren geben die Städte und Gemeinden Teile ihrer Gewerbesteureinnahmen an Bund und Land ab, und zwar über die vom Bund geregelte Gewerbesteuerumlage. Seit Anfang der 90-er Jahre zahlten die Städte und Gemeinden in den westlichen Ländern wegen der Lasten der Deutschen Einheit eine höhere Gewerbesteuerumlage. Damit ist es nach dem Willen des Bundes Ende 2019 vorbei.

Das Land Hessen möchte die Entlastung bei der Gewerbesteuerumlage nur zu einem Viertel bei den Kommunen belassen. Die restlichen drei Viertel sollen per Landesgesetz weiter als „Heimatumlage“ eingesammelt und auf Grundlage des Starke-Heimat-Gesetzes an die Kommunen ausgeschüttet werden. Überwiegend soll das Geld in ein Förderprogramm fließen, für höhere Qualitätsstandards in Kitas, Öffentlichen Personennahverkehr, Schulverwaltungskräfte, Digitalisierung und Krankenhäuser. In diesen Bereichen geben die Kommunen schon viel Geld aus. Doch statt einer größeren Finanzierungsbeteiligung des Landes sieht das Programm zusätzliche Ausgaben der Kommunen und dafür zweckgebundene Zuweisungen vom Land vor.

Ergebnis: Mit der Starken Heimat werden aus Gemeinden, die aus eigenem Recht Gewerbesteuer erheben, Bitt- und Antragsteller.

Starke Heimat – eine Frage von Förderanträgen, Förderbescheiden und Verwendungsnachweisen?

Kein Heimatministerium, aber ein „Heimatprogramm“: Das Wort Heimat wird in Bund und Ländern politisch strapaziert – jetzt also auch hier in Hessen. Hintergrund ist eine verbreitet spürbare Unzufriedenheit. Doch lässt sich das mit Förderanträgen, Förderbescheiden und Verwendungsnachweisen ändern?

Aktivierung der Menschen für ihre eigenen Angelegenheiten vor Ort, Bewahrung von örtlicher und geschichtlicher Eigenart und letztlich Identität: Gerade dafür wurde vor über 200 Jahren die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland erstmals gesetzlich verankert. Damals waren die politischen Verhältnisse ganz anders. Aber der Gedanke bleibt richtig: Unzufriedenheit mit der Politik verhütet und bekämpft, wer die Bürgerschaft machen lässt. Das geht nur mit starken und selbstbewussten Kommunen, und ganz sicher nicht mit Bürokratie und Förderverfahren. Oder mit den Worten des Freiherrn vom Stein in der berühmten Nassauer Denkschrift von 1807:

„Der Formenkram und Dienstmechanismus in den Kollegien wird durch Aufnehmen von Menschen aus dem Gewirre des praktischen Lebens zertrümmert und an seine Stelle tritt ein lebendiger, fest strebender, schaffender Geist und ein aus der Fülle der Natur gewonnener Reichtum von Ansichten und Gefühlen.“

Viel mehr „Formenkram und Dienstmechanismus“ als ein Förderprogramm lässt sich kaum denken. Das ist genau das Gegenteil dessen, was gebraucht wird. Mehr Freiräume für Gestaltung vor Ort, von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger – das wäre die richtige Antwort.

Wozu bekommen die Gemeinden überhaupt die Gewerbesteuer?

Die Gemeinden bekommen Gewerbesteuern zum Ausgleich der Lasten, die Gewerbebetriebe und die dort beschäftigte Arbeitnehmerschaft verursachen und die nicht durch andere Abgaben wie zum Beispiel Gebühren finanziert werden können. Da geht es um die Unterhaltung von Straßeninfrastruktur, um Kitas und Schulen für die Kinder der Beschäftigten, die Ausstattung der Feuerwehr und vieles mehr. Eine Stadt, die viel Gewerbesteuer einnimmt, hat auch entsprechende Lasten. Außerdem muss eine solche Stadt schon jetzt viele Abgaben auf ihre Steuereinnahmen zahlen, die – ab 2020 reduzierte – Gewerbesteuerumlage, Kreisumlage, Schulumlage, Solidaritätsumlage und lokal noch anderes mehr.

Heimatumlage: Darf das Land das überhaupt?

Nein. Laut Grundgesetz darf nur der Bund eine Gewerbesteuerumlage regeln. Auch die hessische Landesverfassung sichert den Städten, Gemeinden und Kreisen ein Recht auf angemessene Finanzausstattung zu.

Deshalb: Geld, das den Kommunen laut Bundesrecht zusteht, darf ihnen der Landesgesetzgeber nicht einfach nehmen. Das sind ernsthafte Gründe für einen Gang zum Verfassungsgericht, sei es für Kommunen, sei es für Landtagsfraktionen. Die Chancen für eine Bestätigung des Gesetzes durch das Verfassungsgericht: Nicht gut!

Hat das Land 2020 weniger Mittel?

Nein, mit der Neuregelung der Bund-Länder-Finzen wird das Land im Länderfinanzausgleich ab 2020 um 573 Millionen Euro entlastet. Auch die Steuereinnahmen wachsen. Das Land könnte also auch mit eigenem Geld Förderprogramme auflegen.

Hilft die Heimatumlage wenigstens armen Kommunen?

Nein, denn auch Gemeinden mit wenig Steuereinnahmen müssen sie zahlen. Nur ein Drittel der so eingesammelten Mittel wird an finanzschwächere Kommunen verteilt. Steuerstarke Kommunen zahlen schon Solidaritätsumlage, die den schwächeren Kommunen voll zu Gute kommt.